B 40-LTW Birgit Stupp / Kreisverband Ahrweiler

Antragsteller*in:	Birgit Stupp (KV Ahrweiler)
Tagesordnungspunkt:	2 Wahlversammlung zur Aufstellung von Bewerberinnen und Bewerbern für die Wahl zum 18. Landtag von Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 2021

19



Die letzte Kommunalwahl hat gezeigt, dass auch die Bürgerinnen und Bürger des schwärzesten Wahlkreises im Norden von Rheinland-Pfalz den Wandel wollen, ja zum Klimaschutz als Grundlage des Daseins, ja zu Grüner Sozial-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik. Ziel Grüner Landespolitik sollten Präventionskonzepte statt Mangelverwaltung sein, wer Grün wählt wählt eine lebenswerte Zukunft! Ich kandidiere für die Landesliste von Bündnis 90/Die GRÜNEN, weil ich davon überzeugt bin, dass wir uns in Rheinland-Pfalz in allen Bereichen aussagekräftig positionieren müssen. Jeder Mensch hat das Anrecht auf bestmögliche Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe, unabhängig der ihm zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel. Sauberes Trinkwasser, Erzeugen und Konsumieren gesunder regionaler Lebensmittel, das Erleben einer intakten Natur, Hochwasser- und Hitzeschutz, gesunde Arbeitsbedingungen, ein Bündel Grüner Forderungen, die sich auf die Lebensqualität eines jeden Einzelnen auswirken.

Bedingt durch Studium, Referendariat und meiner fast 30 Jahre währenden Tätigkeit in der Gesundheitsförderung bin ich, insbesondere über das GKV-Bündnis für Gesundheit, landesweit bestens vernetzt und habe Konzepte für die individuelle, kommunale und betriebliche Gesundheitsförderung, für die Settings Kita und Schule und die Pflegeprävention erarbeitet. Daher steht für mich an erster Stelle eine Verbesserung des Gesundheits- und Pflegesektors mit Grüner Handschrift. Jede Bürgerin und jeder Bürger hat einen Anspruch auf individuell bestmögliche medizinische Versorgung, hier zum Beispiel die Verfügbarkeit von Haus- und Fachärzten, regionalen Krankenhäusern, Fach- und Universitätskliniken, aber auch ein flächendeckendes und dem Bedarf angemessenes Angebot an Gemeindeschwestern plus, von Familienhebammen und Geburtshäusern, von psychiatrischen Einrichtungen und Psychotherapeut*innen. In Rehabilitation und Pflege sollte insbesondere Förderung und Erhalt individueller Gesundheitsressourcen im Vordergrund stehen. Es gilt, das Gesundheitssystem bürgernäher, effektiver, bedarfs- und bedürfnisorientiert umzugestalten. Flächendeckend regionale Gesundheitszentren aufzubauen, weiterzuentwickeln und zu vernetzen, letzteres zunehmend digital und in der Region fest zu verankern sehe ich als Aufgabe Grüner Landespolitik.

Im Bereich Bildung fordere ich eine nach pädagogisch-didaktischen Maßstäben angemessene, den Regelunterricht unterstützende Lernförderung bildungsfern aufwachsender Kinder. Die Ausstattung mit digitalen Lernmitteln für alle Familien ist zu gewährleisten.

Grüne Politik sollte sich in der Arbeitswelt für einen ÖPNV in ausreichender Frequenz zwischen Wohnort und Arbeitsplatz für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzen, außerdem eine gezielte Ausbildungsoffensive für Lehrstellen in zukunftsfähigen Berufen initiieren und Sprachförderung und Hilfen für die Teilhabe an der Arbeitswelt von Familien mit Migrationshintergrund anstreben. Die Bedingungen am Arbeitsplätze sind gesundheitsgerecht zu gestalten, insbesondere die Auswirkungen der fortschreitenden Digitalisierung und die Verlagerung hin zu Heimarbeitsplätzen sollten im Focus stehen.

Zur gesellschaftlichen Teilhabe gehört zwingend ein zuverlässiger und bezahlbarer ÖPNV, Mobilitätskonzepte, die auch kleinere Dörfer erreichen und Einkaufsmöglichkeiten vor Ort. Zur Daseinsgrundversorgung "Wohnen" gehört das Etablieren von generationenübergreifenden Wohnkonzepten und das Schaffung von bezahlbarem, bedarfsorientierten Wohnraum in ökologischer Bauweise.

Das unbedingte Einbeziehen von Menschen mit Behinderung oder Beeinträchtigung in gesellschaftliches Planen, Gestalten und Handeln, die Achtung der Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen, betagten und hochbetagten Menschen, Integrationskonzepte für Menschen mit Migrationshintergrund, die gesellschaftliche Teilhabe sozial Isolierter, Armer und Obdachloser und anderer sozial benachteiligten Gruppen sind Teil des Grünen Denkens und Handelns. Bedingt durch meine Biografie habe und werde ich für Frauenrechte kämpfen. Eine in der Gesellschaft fest verankerte Gendergerechtigkeit sollte schon seit Jahrzehnten selbstverständlich sein. Soziale Randgruppen in die Mitte der Gesellschaft zu holen entzieht dem Rechtspopulismus die Grundlage, eine Gesellschaft mit guter Sozialethik ist stark gegen Rassismus, Diskriminierungen und Ungerechtigkeiten jeder Art.

In Rheinland-Pfalz gibt es eine Vielzahl von Netzwerken, Projekten und Schlüsselpersonen, die mit Unterstützung Grüner Landespolitik das Land zukunftsfähig machen können. Dazu möchte ich mit meinen Kompetenzen beitragen. Die wechselseitigen Bedingtheiten von Klima-, Wirtschafts-und Sozialpolitik gilt es zu erkennen und in wirksame, zukunftsorientierte Grüne Politik für alle Rheinland-Pfälzer*innen umzusetzen.

Biografische Daten:

58 Jahre alt, verheiratet, Mutter zweier erwachsener Kinder, Studium Sportwissenschaften Köln / Geografie Bonn, Wohnorte seit 1993 in Rheinland-Pfalz, Teamleiterin Gesundheitsberatung AOK RPS

Seit ca. 2008 mit einer Unterbrechung Parteimitglied bei Bündnis 90/Die Grünen, sympathisiert mit der Grünen Friedens- und Umweltpolitik von Beginn an
Sprecherin des Kreisverbandes Ahrweiler, des Ortsverbandes Bad Neuenahr-Ahrweiler und Direktkandidatin zur Landtagswahl Wahlkreis 14

Für Bündnis 90/Die Grünen in der Fraktion des Kreistags Ahrweiler und des Stadtrats Bad Neuenahr-Ahrweiler.

In Kreistag und Stadtrat: Mitglied des Sportausschusses, des Beirats für Migration und Integration
Kreistag: stellvertretende Fraktionssprecherin, stellvertretendes Mitglied des Kreis- und Umweltausschusses, der Gesellschafterversammlung der Solarstrom Ahrweiler GmbH, des Arbeitskreises für Umwelt-, Klima- und Naturschutz
Stadtrat Bad Neuenahr-Ahrweiler: stellvertretendes Mitglied in mehreren Ausschüssen